

# vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES NORDRHEIN-WESTFALEN

NRW  
SPD

Am 17. Juni 2010 verkünden  
Hannelore Kraft und Sylvia Löhrmann den  
Beschluss ihrer Parteien, in eine rot-grüne  
Minderheitsregierung zu gehen.



FOTO: DPA

## „WIR WERDEN DEN POLITIKWECHSEL IN NRW HERBEIFÜHREN“

### Liebe Genossinnen und Genossen,

hinter uns liegen ereignisreiche Wochen und ich möchte die Gelegenheit nutzen, euch persönlich über die aktuelle landespolitische Situation zu informieren. Mir ist wichtig, dass ihr den Stand der Diskussion nicht nur aus den Tageszeitungen, dem Internet oder aus dem Fernsehen erfahrt.

Am 9. Mai 2010 haben die Bürgerinnen und Bürger in NRW den neuen Landtag gewählt – mit einem guten Ergebnis für die SPD. Aber: Wir haben die Wahl nicht gewonnen. Rot-Grün fehlt ein Sitz zur Mehrheit im Landtag. Andererseits gab es ein klares Votum für einen Politikwechsel in Nordrhein-West-

falen. Rot-Grün hat rund 400.000 Stimmen mehr und damit 10 Stimmen mehr im Parlament als Schwarz-Gelb.

Angesichts dieser schwierigen Situation hatte der Landesvorstand am 10. Mai beschlossen, mit allen in den Landtag gewählten Parteien Sondierungsgespräche zu führen. Wir wollten prüfen, mit wem ein Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen möglich ist. Wir haben diese Gespräche ergebnisoffen und mit dem festen Willen aufgenommen, zu einer stabilen Regierung für NRW zu kommen. Wir haben dann (gemeinsam mit den Grünen) mit der Linkspartei und mit der FDP sondiert. Die Delegation der SPD hat aber auch ausgelotet, ob es möglicherweise zu einer Großen Koalition kommen kann.

Das Gespräch mit der Partei „Die Linke“ hat uns gezeigt, dass unsere Einschätzung aus dem Wahlkampf richtig war: Diese Partei ist derzeit weder koalitions- noch regierungsfähig. Sie wollte gleichzeitig Regierung und Opposition sein und wäre erkennbar kein verlässlicher Partner gewesen. Die Gespräche über eine Ampelkoalition sind von der FDP beendet worden, obwohl es aus meiner Sicht durchaus Anknüp-

fungspunkte für eine Zusammenarbeit hätte geben können. Bei den zentralen Themen Bildung, Arbeit, Kommunales, Wirtschaft und Umwelt hat die liberale Delegation durchaus Kompromissbereitschaft erkennen lassen. Aber letztlich bleibt festzuhalten, dass die FDP insgesamt offenbar noch Zeit benötigt, um sich entscheidend weiterzuentwickeln.

Mit der CDU haben wir in drei Gesprächen ausgelotet, ob es eine Basis für eine gemeinsame Regierungsarbeit geben kann. Dabei ist in geradezu erschreckender Weise deutlich geworden, dass die CDU keine Antworten auf die drängendsten Probleme unseres Landes hat. Sie ist in allen zentralen Politikfeldern im Ungenügen geblieben. Ihre politischen Ange-

bote waren weitgehend substanzlos. Auch zu einem personellen Neuanfang war die CDU nicht bereit. Für unsere Sondierungsdelegation war damit klar: Ein Politikwechsel, wie wir ihn wollen – nämlich eine Veränderung der politischen Kultur in NRW, eine inhaltliche Neubestimmung und ein personeller Neuanfang – ist mit der CDU nicht möglich.

Auch nach dem Ende der gemeinsamen Sondierungsgespräche hat sich die CDU in keinster Weise bewegt. Vielmehr ist das Klima durch Lügen und gezielte Indiskretionen (etwa in einem Artikel im Spiegel) zusätzlich belastet worden. Das hat uns einmal mehr gezeigt: Eine neue politische Kultur ist mit dieser CDU nicht möglich.

Die Ergebnisse aller Sondierungen haben wir am 11. Juni 2010 im Landesvorstand ausführlich diskutiert. Letztlich hat sich der Vorstand dann einstimmig dazu entschlossen, dem Landesparteirat eine Empfehlung auszusprechen, wonach auf der Basis des Ergebnisses der Sondierungen keine Koalitionsverhandlungen mit der CDU aufgenommen werden sollen. Auf vier gut besuchten Regionalversammlungen ist diese Linie bestätigt worden. Der Landesparteirat ist dann der Empfehlung des Vorstandes gefolgt und hat einen entsprechenden Beschluss gefasst. In dem Beschluss des Landespartei-rates hieß es auch „Eine SPD-geführte Minderheitsregierung wird derzeit nicht angestrebt.“

Damit war gemeint, dass wir den Politikwechsel zunächst aus dem Parlament heraus gestalten wollten. Entscheidend war in dem Beschluss aber das Wort „derzeit“. Denn klar war: Wenn eine Situation entsteht, in der es gilt, Schaden von Nordrhein-Westfalen und seinen Bürgerinnen und Bürgern abzuwenden, müssten wir eine neue Positionierung vornehmen.

Dass eine solche Situation so schnell eintreten würde, war auch für mich selbst überraschend. In einem am 17. Juni 2010 erschienenen Beitrag in der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ hat der Vorsitzende der FDP in Nordrhein-Westfalen, Andreas Pinkwart, die schwarz-gelbe Regierung in NRW für beendet erklärt. Mit Ablauf der Legislaturperiode sei die Verpflichtung zum Konsens zwischen CDU und FDP hinfällig. Die FDP, so Pinkwart weiter, wolle im Landtag auf eigene Rechnung für Mehrheitsentscheidungen werben.

Die bemerkenswerten Sätze von Herrn Pinkwart haben deutlich gemacht: In NRW gibt es keine geschäftsführende Landesregierung mehr, die gemeinsame Ziele verfolgt. Es gibt nur noch geschäfts-



**Norbert Römer, Hannelore Kraft und Michael Groschek auf dem Weg zum ersten Sondierungsgespräch mit den Grünen.**



**Hannelore Kraft und Jürgen Rüttgers nach dem Ende der gemeinsamen Sondierungen. „Ein Politikwechsel, wie wir ihn wollen, ist mit der CDU nicht möglich“, so Hannelore Kraft.**



**Die Gespräche über eine Ampelkoalition wurden von der FDP beendet. Im Bild: Hannelore Kraft mit dem FDP-Landesvorsitzenden Andreas Pinkwart und der Fraktionsvorsitzenden der NRW-Grünen Sylvia Löhrmann.**

führende Ministerinnen und Minister sowie einen geschäftsführenden Ministerpräsidenten, denen jede gestalterische Kraft abhanden gekommen ist. Jürgen Rüttgers kann sich nach den Aussagen von Herrn Pinkwart nur noch auf die 67 Stimmen der CDU-Fraktion im Landtag stützen. Eine handlungsfähige Regierung gibt es damit in Nordrhein-Westfalen nicht mehr.

Diese Auflösungserscheinungen bei Schwarz-Gelb verlangen ein schnelles und konsequentes Handeln. NRW braucht eine stabilere Regierung, als sie Jürgen Rüttgers noch bieten kann. Deshalb ist es nunmehr notwendig, eine Minderheitsregierung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu bilden, um den von den Wählerinnen und Wählern gewollten Politikwechsel in NRW herbeizuführen. Rot-Grün hat im Landtag 10 Stimmen mehr als Schwarz-Gelb. Wir wissen: Es fehlt eine Stimme zur absoluten Mehrheit. Allerdings brauchen wir für die meisten Entscheidungen nur eine einfache Mehrheit.

Das bedeutet, wenn nicht CDU, FDP und Linke geschlossen gegen Rot-Grün stimmen, können wir unsere gemeinsamen Vorhaben durchsetzen. Wir sagen selbstbewusst, dass wir mit unseren guten Inhalten Mehrheiten im Parlament finden werden. Wir laden ausdrücklich alle im Landtag vertretenen Parteien ein, mitzuwirken und eine gute Entwicklung für NRW nicht zu blockieren.

Klar ist: Wir alle werden viele Nachfragen zu der neu entstanden Situation erhalten und die Situation wird nicht einfach werden. Aber wir müssen deutlich machen, dass Rot-Grün unser Land so stabil wie möglich regieren will – jedenfalls stabiler, als es der CDU jetzt möglich ist. Wir wollen ein gutes Fundament für die Zukunft unseres Landes errichten.

#### **Liebe Genossinnen und Genossen,**

Ich habe in den vergangenen Wochen und Monaten breite Unterstützung von der Partei erhalten. Ihr habt mir vertraut und mir den Rücken gestärkt, dafür möchte ich mich ganz herzlich bedanken. Mir ist wichtig, dass wir auch in der jetzigen Situation zusammen bleiben und alles dafür tun, damit der Start von Rot-Grün gut gelingt. Wir brauchen eure Unterstützung vor Ort, damit den Menschen klar wird: Die SPD in Nordrhein-Westfalen musste in der jetzt neu entstandenen Situation handeln. Und sie hat gehandelt. Im Interesse der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Ich setze auf euch!

**Eure Hannelore Kraft**

# „DIE SPD MUSS WIEDER PARTEI DER SOZIALEN GERECHTIGKEIT WERDEN!“

Interview mit Sascha Vogt, neuer Bundesvorsitzender der Jusos

**Lieber Sascha, herzlichen Glückwunsch zur Wahl als Juso-Bundesvorsitzender. Was wird sich bei den Jungsozialisten unter Deiner Führung ändern?**

Wenn ich sagen würde, jetzt wird alles ganz anders, wäre das unglaublich unwahrscheinlich. Schließlich war ich ja schon ein Jahr im Bundesvorstand aktiv. Klar ist aber, dass sich die Rahmenbedingungen für die Arbeit der Jusos seit der letzten Bundestagswahl gravierend verschoben haben. Wir sind auf der Bundesebene jetzt Oppositionsjugend. Das heißt, dass wir noch stärker deutlich machen müssen, was wir von der Arbeit der Bundesregierung halten – nämlich gar nichts. Auf der anderen Seite wollen wir den Erneuerungsprozess der SPD konstruktiv und kritisch begleiten. Wir wollen unseren Teil dazu beitragen, dass die SPD wieder die Partei der sozialen Gerechtigkeit wird.

**Haben die Jusos Gegenvorschläge zu den Kürzungsplänen der Bundesregierung?**

Die Bundesregierung behauptet, ihr Sparpaket sei alternativlos. Ich denke aber, dass es immer Alternativen gibt. Jetzt will sie 30 Milliarden



Der Sauerländer Sascha Vogt wurde am 18. Juni 2010 zum Juso-Bundesvorsitzenden gewählt.

Euro über so genannte Sparmaßnahmen einsparen. Die könnte sie aber auch ein-

nehmen, wenn sie die Vermögenssteuer wieder einführt und den Spitzensteuersatz auf 53 Prozent erhöht.

**Die Bildung soll der einzige Bereich sein, bei dem nicht gekürzt wird. Darüber müsstest Du Dich freuen, schließlich kommst Du aus der Hochschulpolitik?**

Es ist eine sehr vernünftige Entscheidung, die Bildung vom Sparpaket auszunehmen. Ich finde es aber grundsätzlich falsch, den sozialen Bereich gegen die Bildung auszuspielen. Beim nationalen Stipendienprogramm der Bundesregierung z.B. bekommen die Studierenden das Geld, die es eigentlich gar nicht nötig haben, weil sie sowieso aus reichen Elternhäusern kommen. ■

## DIE NRWSPD GRATULIERT IM JULI UND AUGUST...

### ... ZUM GEBURTSTAG

- 103 Jahre** Gertrud Deffke
- 101 Jahre** Else Kreitz  
Gertrud Siewert
- 100 Jahre** Gertrud Brand  
Maria Wichterich
- 99 Jahre** Grete Böke  
Hans Flick  
Hans Geldmacher  
Erna Lange  
Katharina Rass  
Hildegard Schmale
- 98 Jahre** Erika Degener  
Anna Münch  
Elly Nowak  
Else vom Felde
- 97 Jahre** Margarete Brinkmann  
Charlotte Dümpelmann  
Johanne Geisler  
Karl Miottel  
Horst Oberueber  
Hubert Reinken  
Elli Roffkahr  
Paul Tempelmeyer  
Erna Timmermann  
Charlotte Uhlenbrock  
Walter Voigt

**96 Jahre** Walter Bitzer  
Maria Dudziak  
Magdalena Held  
Elfriede Homrighausen  
Irma Lechtaler  
Elisabeth Leifer  
Kurt Matthes  
Paula Nolting  
Agnes Ornoth  
Gustav Sisenop  
Emmi Tietz  
Gerda Trenk

**95 Jahre** Ernst-Werner Brohm  
Fritz Deutschmann  
Edith Enz  
Erna Hagedorn  
Werner Kleiner  
Theo Klinger  
Rotraud Meyer  
Liselotte Ohnesorge  
Hildegard Richter  
Irma Schulz  
Klaus Sondermann  
Adolf Wehrheim

### ...ZUR LANGJÄHRIGEN MITGLIEDSCHAFT

- 65 Jahre** Ortrud Just  
Dieter Kiesheyer  
Herbert Lehmann  
Margarete Mayer
- 60 Jahre** Emil Behrens  
Friedhelm Bruentrup  
Inge Frenzel  
Rolf Heilmann  
Peter Margenau  
Alfred Tomczyk
- 50 Jahre** Heinz Althoff  
Kurt Baumann  
Rosemarie Ellinghoven  
Wilhelm Göbel  
Hermann Hoeren  
Reinhard Korinth  
Adam Mainz  
Lutz Malaschöwski  
Edmund Marx  
Helmut Stegmann  
Katharina Wehrmeyer

## DIE NRWSPD GRATULIERT PROF. DR. FRIEDRICH HALSTENBERG

Friedrich Halstenberg hat am 12. Juni seinen 90. Geburtstag gefeiert. Sein Name führt zurück zu den Anfängen sozialdemokratischer Regierens in NRW. Ende 1966 kam es zu einer SPD/FDP Regierung. Ministerpräsident Kühn ernannte Halstenberg zum Chef der Staatskanzlei und dieser begründete planvoll-rationales Regierungshandeln. 1968 legte er das Entwicklungsprogramm Ruhr vor, das bis heute die Grundlage der umfassenden Erneuerung dieser Industrieagglomeration ist – durch Gründung von Universitäten, Aufbau eines Verkehrssystems, ökologische Reparaturen. Wenn heute integrale Planung für die Metropole Ruhr gewollt ist, kann sie darauf aufbauen.

Dauerhaft planvolle Politik scheiterte Ende der 1970er Jahre an der FDP. Halstenberg musste dann 1978 als Finanzminister zurücktreten. Er hatte versucht, unkontrollierte Geschäfte der Westdeutschen Landesbank zu verhindern. Die FDP wollte das nicht.

Die SPD im Bund war klug genug, Halstenberg dann zum Schatzmeister zu machen. Er blieb das bis 1984.

## AUßERORDENTLICHER LANDESPARTEITAG AM 10. JULI IN KÖLN



**AM 10. JULI 2010 FINDET IM KRISTALLSAAL  
DES CONGRESS-CENTRUMS OST DER KOELN-  
MESSE DER AUßERORDENTLICHE LANDESPAR-  
TEITAG DER NRWSPD STATT. HIER WOLLEN  
WIR DIE KOALITIONSVEREINBARUNG ZWI-  
SCHEN DER NRWSPD UND BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN NRW BESCHLIEßEN.**

**BEGINN DES PARTEITAGES IST 12.00 UHR.**

## ZUM GEDENKEN AN HEINZ SCHLEUßER

**In diesen Tagen gedenken wir in der Region Niederrhein, anlässlich seines 10. Todestages, unseres ehemaligen Bezirksvorsitzenden Heinz Schleißer. Er starb am 12. Juli 2000 nach schwerer Krankheit im Alter von 64 Jahren.**

Heinz Schleißer wurde am 20. April 1936 in Oberhausen geboren. Als Betriebschlosser kam er über sein gewerkschaftliches Engagement zur Politik. Sein Einsatz für die Interessen der Arbeitnehmer und die Bewältigung des Strukturwandels im Ruhrgebiet brachte ihn 1969 in den Rat der Stadt Oberhausen und 1975 in den Landtag von Nordrhein-Westfalen. 1982 wurde er Vorsitzender des Bezirks Niederrhein.

Johannes Rau holte ihn 1988 als Finanzminister in sein Kabinett. Heinz Schleißer erwarb sich dank unermüdlichen Arbeitseinsatzes und zielstrebigem Durchsetzungsfähigkeit großen Respekt.

Nach der Sommerpause wollen die Region Niederrhein und der Unterbezirk Oberhausen mit einer Veranstaltung zum Strukturwandel an die große Lebensleistung von Heinz Schleißer erinnern.

**Britta Altenkamp, Vorsitzende der SPD-Region Niederrhein**

### IMPRESSUM

**HERAUSGEBER:** Bernd Neuendorf  
SPD-Landesverband NRW, Kavalleriestraße 16, 40213 Düsseldorf  
**REDAKTION:** Julia Stöcklein  
**EMAIL:** vorwaerts@nrwspd.de | **INTERNET:** www.nrwspd.de